



**Offener Brief betreffend  
Zugänglichkeit zu Elternberatung und KIJA -  
Absiedlung wichtiger Beratungseinrichtungen aus dem Innenstadtbereich**

Salzburg, am 7. Jänner 2020

Sehr geehrter Bürgermeister DI Harald Preuner,  
sehr geehrte Stadträtin Mag.a Anja Hagenauer und Gemeinderatsklubs der Stadt Salzburg,  
sehr geehrte Verantwortliche des Landes Salzburg!

Durch die öffentliche Berichterstattung über die geplante Übersiedlung der Beratungseinrichtungen Kinder- und Jugendanwaltschaft sowie der Elternberatung wurden die Mitglieder vom Runden Tisch Menschenrechte auf die Problematik einer zukünftig erschwerten Zugänglichkeit in der Beratung für Salzburgs Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern aufmerksam.

Die beiden Einrichtungen sind am bisherigen Standort Gstättingasse sehr gut erreichbar und gewährleisten hier einen niederschweligen Zugang. Gemäß den Planungen der Landesverwaltung sollen diese Einrichtungen nun von der Innenstadt übergangsweise in ein neu zu adaptierendes Amtsgebäude im Stadtteil Lehen ausweichen und später in einem geplanten Dienstleistungszentrum in Bahnhofsnähe untergebracht werden.

Die Elternberatung ist seit über 60 Jahren am bisherigen Standort nahezu eine unverrückbare Institution für viele Salzburgerinnen und Salzburger. Warum dafür nun ein dezentraler und öffentlich wesentlich schlechter zu erreichender Standort geplant ist, erscheint nicht nachvollziehbar. In Hinblick auf die Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt und der Verpflichtung zu ungehindertem Zugang zu Dienstleistungen gemäß Artikel XII wäre eine weitergehende zentrale Erreichbarkeit der Beratungseinrichtungen von Vorteil.

Besonders bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft bestehen zudem räumliche Erfordernisse (niederschwellige Zugänglichkeit und jedenfalls getrennt von Verwaltungseinheiten), um die notwendige Vertraulichkeit und eine anonyme Inanspruchnahme zu gewährleisten (wie etwa im Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert). Die geplanten Standorte und vor Allem die Zusammenlegungen mit Verwaltungseinheiten des Landes Salzburg sind dafür denkbar ungeeignet.

Als "Runder Tisch Menschenrechte" sind wir ein Gremium der Stadt Salzburg, welches die Menschenrechtssituation in der Stadt beobachten und im Bedarfsfall entsprechend reagieren soll. In Wahrung dieser Aufgabe regen wir hiermit an, die aktuell geplanten Über- und Ansiedelungen der beiden Beratungseinrichtungen zu überdenken und fordern die verantwortlichen Stellen in Stadt und Land Salzburg auf, adäquatere Lösungen zu finden.

DSA Christian Treweller  
Vorsitzender des Runden Tisches Menschenrechte der Stadt Salzburg

[www.rundertisch-menschenrechte.at](http://www.rundertisch-menschenrechte.at)

E-Mail: [office@rundertisch-menschenrechte.at](mailto:office@rundertisch-menschenrechte.at), Tel.: 0699/10109259

Als offener Brief übermittelt an:  
Bgm. DI Harald Preuner  
Stadträtin Mag.a Anja Hagenauer  
Gemeinderatsklubs der Stadt Salzburg  
LH Dr. Wilfried Haslauer  
LH-Stv. Dr. Heinrich Schellhorn  
LAD DDr. Sebastian Huber  
Abt.Leiter DSA Mag. Andreas Eichhorn  
Presseverteiler des RTMR